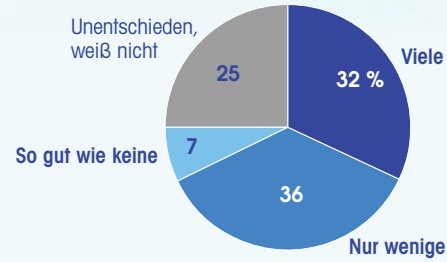


Geflüchtete nicht sehr präsent

Frage: Sind bei Ihnen in der Umgebung in letzter Zeit viele Flüchtlinge untergebracht worden?



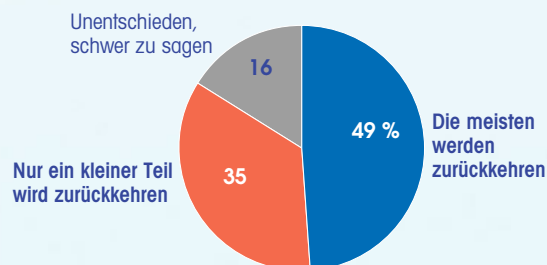
Einschätzung der Aufnahmekapazität

Frage: Können in Ihrer Umgebung weitere Flüchtlinge aufgenommen werden?

	Bevölkerung insgesamt		Flüchtlinge im Ort, in der Umgebung	
	%		viele %	wenige %
Ja, ohne Weiteres	13		10	16
Ja, aber nur wenige	37		35	51
Nein, keine	27		44	18
Unentschieden	23		11	15
	100		100	100

Keine dauerhafte Zuwanderung

Frage: Werden die meisten Flüchtlinge nach Ende des Krieges wieder in die Ukraine zurückkehren?

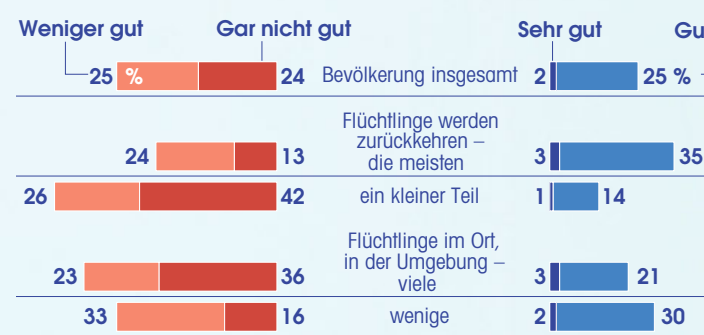


Flüchtlingsaufnahme aus der Ukraine



Überwiegend Kritik an der Flüchtlingspolitik des Landes

Frage: Wie bewerten Sie die Flüchtlingspolitik der grün-schwarzen Landesregierung?



Schulen droht Überforderung

Frage: 20.000 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter sind unter den ukrainischen Flüchtlingen. Können die Schulen das bewältigen?

	Bevölkerung insgesamt	Viele Flüchtlinge im Ort, in der Umgebung	Flüchtlinge werden zurückkehren die meisten	Flüchtlinge werden zurückkehren ein kleiner Teil
"können das ohne Weiteres bewältigen"	6	5	8	4
"können das nur mit Schwierigkeiten bewältigen"	42	39	52	29
"sind damit überfordert"	48	54	37	63
Unentschieden	4	2	3	4
	100	100	100	100

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/V1

© IFD-Allensbacher

Grafik: RNZ-Repro

Viel Kritik, aber auch große Hilfsbereitschaft

Frage: Welchen dieser Aussagen würden Sie zustimmen?



„Wir schaffen das“-Gefühl in Baden-Württemberg

BaWü-Check: Mehrheit der Befragten zeigt große Bereitschaft, weitere ukrainische Geflüchtete aufzunehmen – 54 Prozent schätzen Integrationschancen als „gut“ ein

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. Auch wenn die Kommunen zunehmend energischer vor einer Überforderung warnen, auch wenn die Landesregierung auf Kraftanstrengungen einschwört: Die Mehrheit der Befragten beim aktuellen „Bawü-Check“, der gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage, blickt relativ entspannt und zuversichtlich auf die Situation. Für die repräsentative Umfrage hat das Institut für Demoskopie Allensbach 1060 Personen im Zeitraum vom 16. bis 25. November befragt.

> Vor Ort nicht sehr präsent: Laut offiziellen Zahlen sind in diesem Jahr bisher rund 170 000 Geflüchtete und Migranten im Südwesten angekommen, 142 000 von ihnen aus der Ukraine. Vor Ort macht sich das aber offenbar keinesfalls überall bemerkbar. Nur 32 Prozent der Befragten gaben an, viele Flüchtlinge seien in ihrer Nähe untergebracht worden. „Nur wenige“ hieß es von 36 Prozent.

> Ukrainer unauffällig: Aufschlussreich ist die Einschätzung, woher die Geflüchteten kommen. 34 Prozent gaben an, es seien vor allem Ukrainerinnen und

Ukrainer in ihrer Umgebung. Fast genauso viele, nämlich 32 Prozent, haben den Eindruck, die Geflüchteten in ihrer Nähe kämen „überwiegend aus anderen Ländern“. Das widerspricht deutlich den offiziellen Zahlen, wonach andere Herkunftsländer dieses Jahr nur einen Bruchteil ausmachen.

> Rückkehr wird erwartet: 49 Prozent gehen noch davon aus, dass die Mehrheit der Geflüchteten in ihre ukrainische Heimat zurückkehren wird. 35 Prozent erwarten, dass lediglich ein kleiner Teil Deutschland wieder verlassen wird.

> Weitere Aufnahme möglich: Gefragt nach den Aufnahmekapazitäten vor Ort, sagt die Hälfte der Befragten, es könnten noch weitere Menschen untergebracht werden. 27 Prozent sehen das nicht so. Hier unterscheidet sich die Einschätzung derjenigen, die bereits viele Flüchtlinge in ihrer Umgebung wahrnehmen deutlich von anderen (siehe Grafik). Ganz grundsätzlich gibt es eine hohe Aufnah-

mebereitschaft: 34 Prozent sagen, Deutschland sollte „unbürokratisch so viele Flüchtlinge aufnehmen wie möglich“. „Nur noch eine bestimmte Anzahl“ sagen 39 Prozent. 18 Prozent wollen wenige oder gar keine weiteren Flüchtlinge. Auffällig: Unter denen, die eine baldige Rückkehr der Ukrainer erwarten, sind nur 5 Prozent gegen eine weitere Aufnahme. Die deutliche Mehrheit will so vielen wie möglich (50 Prozent) bzw. zumindest einer bestimmten Anzahl (38 Prozent) helfen.

> Unterbringung in Notunterkünften: Eine knappe Mehrheit der Befragten (51 Prozent) würde sich nicht durch eine Notunterkunft in der Nähe gestört fühlen – dem widersprechen 26 Prozent. 23 Prozent zeigen sich unentschieden. Eine Umnutzung von Turnhallen fänden 44 Prozent dafür in Ordnung, 38 Prozent sind dagegen. Und obwohl viele Landkreise davor warnen: Konkret erleben das erst 13 Prozent der Befragten, weitere 15 Prozent sagen, es gebe in ihrer Umgebung entsprechende Überlegungen. Betroffen sind demnach vor allem die Klein- und Mittelstädte. In den Großstädten sagen 43 Prozent (eine auffällig große Zahl), sie wüssten nicht, welche Pläne es gebe.

> Unterbringung zuhause: In den eigenen vier Wänden wären nur 33 Prozent der Befragten bereit, Geflüchtete aufzunehmen – 48 Prozent sind das nicht, 19 Prozent zeigen sich unentschieden. Höher ist die Aufnahmebereitschaft in der Gruppe derjenigen, die eine Rückkehr der Geflüchteten erwarten: Hier würden 46 Prozent Menschen bei sich aufnehmen. Gefragt wurde hier unabhängig davon, ob es tatsächlich Möglichkeiten zur Unterbringung gibt. Tatsächlich sehen diese nur sehr wenige: 9 Prozent der Befragten. Männer halten dabei die Unterbringung eher für möglich als Frauen (13 bzw. 6 Prozent). Außerdem sagen überdurchschnittlich viele aus der Gruppe der 30- bis 59-Jährigen (12 Prozent), sie hätten Aufnahmekapazitäten.

> Überforderte Schulen: Große Probleme werden bei den Schulen gesehen. 48 Prozent sehen die Bildungseinrichtungen mit der Aufnahme von rund 20 000 Kindern und Jugendlichen überfordert, 42 Prozent erwarten zumindest „Schwierigkeiten“. Wer erwartet, dass die Menschen mehrheitlich dauerhaft bleiben werden, schätzt die Lage dabei deutlich kritischer ein: 63 Prozent sehen hier eine Überforderung der Schulen.

> Gute Integrationschancen: 54 Prozent der Befragten glauben, die Menschen aus der Ukraine hätten sehr gute (7) oder gute (47) Chancen, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. „Weniger gut“ sagen 25 Prozent, „gar nicht gut“ nur 9 Prozent.

> Kritik an der Flüchtlingspolitik des Landes: 49 Prozent kritisieren die grün-schwarze Landesregierung. Lob gibt es nur von 27 Prozent. Schlechtere Bewertungen gibt es dabei von denjenigen, die viele Geflüchtete in ihrer Umgebung wahrnehmen sowie von denen, die eher mit der Notwendigkeit einer dauerhaften Aufnahme rechnen (siehe Grafik).

> „Pull-Effekte“ und zu wenig Kontrolle: Gefragt nach der Zustimmung zu bestimmten Thesen (siehe Grafik, unten rechts) sagten 51 Prozent, es werde zu wenig kontrolliert, wer komme. Ebensoviele fürchteten „Pull-Effekte“, also dass Geflüchtete durch deutsche Sozialleistungen angezogen würden. 43 Prozent nannten es eine Selbstverständlichkeit, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen; es gebe eine „moralische Pflicht“ zu helfen, meinten 41 Prozent. Deutschlands wirtschaftliche Stärke ist hingegen nur für 23 Prozent ein Argument für die Hilfe.



Schlagabtausch vor Gericht

Atomkraft-Gegner wollen das sofortige Aus für Neckarwestheim 2 durchsetzen – Entscheidung folgt nächste Woche

Von Julia Giertz

Mannheim. Vier Monate vor dem endgültigen Aus für das Atomkraftwerk Neckarwestheim 2 wollen Atomkraftgegner vor Gericht eine sofortige Stilllegung des Blocks erreichen. Vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim lieferten sich Experten des beklagten Umweltministeriums und der Kläger am Mittwoch einen Schlagabtausch um Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke und deren Einhaltung mit Schwerpunkt Neckarwestheim. Der Beschluss der Richter, die das Feld weitgehend den Gutachtern beider Seiten überließen, soll Anfang kommenden Woche veröffentlicht werden.

Einer der beiden Kläger, der 15 Kilometer von Neckarwestheim entfernt wohnt, gab vor Ort an, auch angesichts der bevorstehenden offiziellen Abschaltung nicht klein beigeben zu wollen. „Jeden Tag kann die Katastrophe passieren.“ Vor dem Mannheimer Gericht protestierten einige Aktivisten mit Fahnen

gegen den weiteren Betrieb des „Schrottreaktors“. Die Atomkraftgegner halten eine Kernschmelze für nicht ausgeschlossen. Nach Meinung der von der Anti-AKW-Organisation „ausgestrahlt“ unterstützten Anwohner des Kraftwerks läuft Block 2 seit 2018 im Dauer-Störfallbetrieb. Damals seien Haarrisse an den Heizrohren in den vier Dampferzeugern von Neckarwestheim entdeckt worden. Deren Zahl belaufe sich nunmehr auf über 350.

Die Vertreter des beklagten Umweltministeriums als Atomaufsichtsbehörde sehen hingegen keinen Grund, der ein vorzeitiges Abschalten rechtfertigen würde. Die Risse könnten im Ernstfall brechen und infolgedessen Radioaktivi-



Atomkraft-Gegner demonstrieren für Abschaltung vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim. Foto: dpa

tät freisetzen, argumentieren die AKW-Kritiker. Grund für schwindende Wanddicken an den über 4000 Rohren sei Korrosion. Da die Risse rasch wüchsen, sei es nicht unwahrscheinlich, dass es zu Brüchen zwischen den Revisionen der Anlage komme. Aus Sicht des Ministeriums

ist die Wanddicke ausreichend und Schwachstellen würden schnell behoben.

Der VGH hatte bereits im April 2022 einen Eilantrag auf einstweilige Einstellung des Betriebes abgelehnt. Der 10. Senat hatte das damit begründet, dass die engen Voraussetzungen dafür nicht erfüllt seien. Ein Erfolg im Hauptsacheverfahren sei nicht wahrscheinlich und den Antragstellern drohten keine existenziellen Gefahren für Leib und Leben.

Die Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emmsland hätten am 31. Dezember dieses Jahres vom Netz gehen sollen. Wegen der angespannten Energieversorgung sollen sie jetzt über das Jahresende hinaus bis zum 15. April 2023 weiterlaufen können.

Im Block 1 Neckarwestheim hatte die Stromproduktion schon im Jahr 2011 geendet, nachdem die Bundesregierung infolge der Nuklearkatastrophe von Fukushima den Atomausstieg in Deutschland beschlossen hatte. Block 1 war 1976 in Betrieb gegangen, Block 2 13 Jahre später.

IN ALLER KÜRZE

Straftäter wieder abschieben

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl hat angesichts der Attacke auf zwei Mädchen in Illerkirchberg gefordert, Menschen nach schweren Straftaten wieder abzuschicken. „Wer als Geflüchteter in dem Land, das ihm Schutz gewährt, einen Menschen ermordet und einen weiteren Menschen schwer verletzt, der hat sich dafür entschieden, dass er nicht bleiben möchte“, sagte der CDU-Politiker.

EU-Millionenhilfen für Flutschäden

Das EU-Parlament hat zur Bewältigung der Flutschäden des vergangenen Jahres die Auszahlung von mehr als 600 Millionen Euro an Deutschland bewilligt. Von den 718,5 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds soll Deutschland 612,6 Millionen Euro bekommen, entschied das EU-Parlament in Straßburg. Belgien, das auch von schweren Überschwemmungen betroffen war, soll 87,7 Millionen Euro bekommen. Auch die Niederlande, Österreich und Luxemburg erhalten finanzielle Hilfen.